

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am 23. Juli hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit seiner Entscheidung zur sofortigen Öffnung von Schankwirtschaften ein klares Zeichen gesetzt – und unseren Kurs damit vollumfänglich bestätigt. Wir sind überzeugt, dass mit einer verantwortungsvollen Öffnung von Bars und Kneipen viele



Menschen von privaten Feiern oder ausufernden Straßenpartys abgehalten werden können. **Denn im kontrollierten Umfeld einer Schankwirtschaft setzen sich Bürger erheblich geringeren Corona-Infektionsrisiken aus als auf privaten Feiern und Festen ohne Abstände.** Weitere Erleichterungen wie insbesondere die Nutzung von Tresen waren leider mit unserem Koalitionspartner nicht erreichbar, wir bleiben jedoch weiterhin im Gespräch. Die am 27. Juli in der Kabinettsitzung beschlossene Öffnung von Kneipen und Bars ist im Sinne der Kunden und der Gastronomie. Es wird dabei keine weiteren Erschwernisse wie beispielsweise eine vorgezogene Sperrstunde oder ein Alkoholverbot geben.

Mit welchen Themen wir uns in der vergangenen Woche noch beschäftigt haben, erfahren Sie jetzt in unserem Rückblick. Viel Spaß beim Lesen!

Rückblick

Antisemitismus mit aller Härte begegnen

Aktuelle Herausforderungen in der Corona-Pandemie, der wachsende Antisemitismus in Deutschland sowie Maßnahmen zu seiner Bekämpfung: Über diese und weitere Themen haben sich der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israelitischen

Kultusgemeinden in Bayern, Dr. Josef Schuster, und unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl bei einem Gespräch im Landtag ausgetauscht. Auch die von Streibl initiierte



fraktionsübergreifende Resolution **„Antisemitismus entschieden bekämpfen!“** kam bei dem Treffen zur Sprache. Mit Blick auf die Corona-Pandemie lässt sich feststellen, dass die Krise die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen verstärkt hat: Die Suche nach Schuldigen ist jeder Katastrophe eigen. **Unter Corona-Leugnern und Verschwörungstheoretikern ist der Antisemitismus das verbindende Element.** Zwar ist nicht davon auszugehen, dass mehr Menschen antisemitisch eingestellt sind als vor der Pandemie. Aber mehr Menschen trauen sich, ihre antisemitischen Überzeugungen offen kundzutun. Und durch die sozialen Netzwerke erreichen diese Äußerungen heute mehr Menschen als früher.

Gerade weil Judenfeindlichkeit immer auch ein Frühwarnsystem für gesellschaftliche Schieflagen ist, muss diese konsequent und nachhaltig bekämpft werden. Allerdings ist der Kampf gegen Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die jeder Einzelne Verantwortung trägt. Besondere Bedeutung kommt dabei den Bildungseinrichtungen zu. **Wichtig ist in diesem Zusammenhang, das Judentum und die Geschichte der Juden in Deutschland stärker im Schulunterricht zu verankern.** Im Fach Geschichte wird jüdisches Leben meist auf den

Holocaust reduziert – dabei leben Juden nachweislich seit 1700 Jahren auf deutschem Boden.

Auch in der Erwachsenenbildung muss das Judentum breiteren Raum einnehmen: In Baden-Württemberg werden zum Beispiel Polizeirabbiner im Ausbildungsbereich eingesetzt, um Polizeibeamte für die Belange jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrem besonderen Schutzbedürfnis zu sensibilisieren. Das können wir uns auch für Bayern gut vorstellen. Doch auch den Glaubensgemeinschaften kommt bei der Bekämpfung des Antisemitismus eine wichtige Rolle zu. **Wenn man das zugrundeliegende, gemeinsame Wertesystem der Religionen betont und nicht ihre Unterschiede, kann der Glaube zu einem Vehikel werden, das Menschen durch Zeit und Raum miteinander verbindet.** Wichtig ist außerdem, dass sich der Staat als Souverän immer wieder klar gegen Antisemitismus positioniert – so wie wir als FREIE WÄHLER-Fraktion das erst vor kurzem getan haben: **Unsere Resolution gegen Antisemitismus ist ein deutliches Bekenntnis zu jüdischem Leben im Freistaat.**

Resolution zum Gams-Monitoring verabschiedet

Gibt es in Bayern zu viel Gamswild oder zu wenig? Darüber besteht seit Jahren Uneinigkeit im Freistaat: Während Tierschützer und Jäger den Bestand der Tiere bedroht sehen, fürchten Waldbesitzer aufgrund einer vermeintlichen Überpopulation um ihre Wälder. **Wir wollen jetzt für Klarheit sorgen und haben deswegen bei einem Arbeitstreffen in**



Oberammergau eine Resolution zur Durchführung eines Gams-Monitorings verabschiedet.

Um Ruhe in die anhaltende Debatte zu bekommen, bedarf es endlich verlässlicher Zahlen. Nur eine systematische und großflächige Erfassung der Gamswildpopulation kann Aufschluss darüber geben, wie viele der geschützten Tiere es derzeit im bayerischen Alpenraum noch gibt und in welcher Verfassung sich deren Populationen befinden. Die Erhebung konkreter Zahlen ist überfällig – sonst stochern wir weiter im Trüben.

Bislang sind aufgrund der unklaren Datenlage qualifizierte und damit verbindliche Aussagen über Abschussquoten schlicht nicht möglich. Doch nur fundierte Daten über die Anzahl der bei uns lebenden Gämsen sowie deren Verbreitung können das Gamsmanagement auf tragfähige Beine stellen. Konkret wollen wir deshalb die Durchführung eines großflächig angelegten Gams-Monitorings anstoßen. **An dieser Erhebung können dann Förster, Grundstücksbesitzer, Jäger, Tierschützer sowie weitere engagierte Personen und Organisationen mitwirken.** Um den Zustand der Gamspopulationen zu erfassen, müssen in einem ersten Schritt Aufnahmegebiete definiert und Freiwillige zur Durchführung der Erhebung gefunden werden. **Aus den Ergebnissen**, die regelmäßig überprüft werden müssen, **lassen sich dann ortsbezogene, differenzierte Bejagungsstrategien ableiten.** Damit wäre die notwendige Faktenlage geschaffen, um den anhaltenden Konflikt zwischen Waldbesitzern und Tierschützern endlich zu befrieden und eine Diskussion auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Bargeld bedeutet Freiheit!

Die Europäische Union will den Kampf gegen Geldwäsche verschärfen. Dazu hat die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket vorgestellt. Unter anderem plant sie die Einführung einer Bargeldobergrenze.



Unbestreitbar ist allerdings: Verbrecher halten sich nicht an Verbote. **Die Festlegung eines Maximalbetrags auf 10.000 Euro wird daher nicht zu einer Eindämmung einschlägiger Delikte beitragen können,**

kritisiert **Hans Friedl**, verbraucherpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Bargeldobergrenzen gegen Geldwäsche weitestgehend unwirksam sind und an der Realität vorbeigehen. **Edelmetalle, Bitcoins, digitale Münzsysteme – im Zweifelsfall werden Kriminelle andere Wege der Bezahlung suchen.** Mit einer Beschränkung der Bargeldzahlungen wird eine Eindämmung der Schattenwirtschaft deshalb nicht zu erreichen sein. Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland, in denen solche Beschränkungen bereits bestehen, weisen zudem deutlich größere Schwierigkeiten auf als beschränkungsfreie Länder.

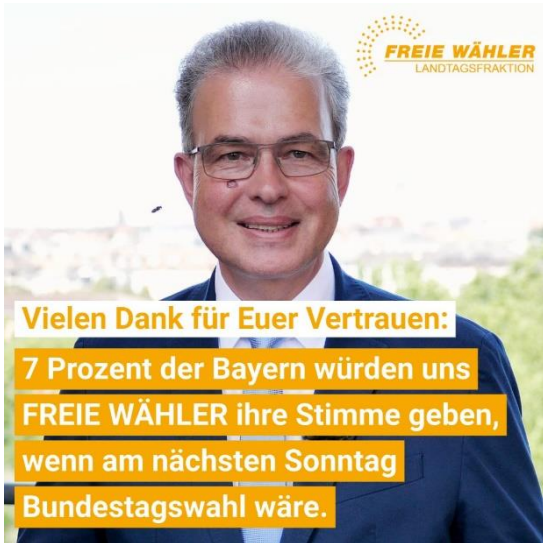
Die größte Problematik sehen wir jedoch in der enormen Beschneidung der Persönlichkeitsrechte von Verbrauchern und Unternehmen: „Jeder, der größere Beträge in bar zahlt, würde durch die geplante Regelung unmittelbar unter Generalverdacht gestellt werden. Dabei ist mehr als fraglich, ob die Obergrenze tatsächlich zur nachhaltigen Bekämpfung von internationalem Terrorismus, Geldwäsche und Steuerhinterziehung geeignet ist, so Hans Friedl abschliessend. Aufgrund des massiven Eingriffs in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist einer Bargeldobergrenze in jedem Fall die Verhältnismäßigkeit abzusprechen.“

Hochwasserschutz entlang der Donau

Die Flutpolder zum Hochwasserschutz entlang der Donau kommen – und zwar so, wie von Umweltminister Thorsten Glauber vorgeschlagen. Mit dem Kabinettsbeschluss am vergangenen Dienstag reagiert der Freistaat nicht nur konsequent und umfassend auf die tragischen Sturzfluten der vergangenen Wochen, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschen in Bayern. Die Flutpolder sind Bollwerke gegen Katastrophenhochwasser. Jeder Polder kann eine Lebensversicherung für die Menschen sein.



👉 Mehr dazu erfahren Sie in dem [Facebook-Beitrag des bayerischen Umweltministeriums!](#)



SAT.1 Bayern Wählercheck

Wäre nächsten Sonntag Bundestagswahl, würden **7 Prozent** der Bürgerinnen und Bürger Bayerns für die FREIEN WÄHLER stimmen. Das zeigt klar, dass wir in Bayern eine etablierte, stabile und pragmatische Kraft der Mitte sind. **Vielen Dank für Ihr Vertrauen!**

Guten Start in die Sommerferien

Endlich haben in Bayern die Sommerferien begonnen! Es war wahrlich kein einfaches Schuljahr für unsere Schülerinnen und Schüler mitsamt ihren Eltern sowie für Lehrerinnen und Lehrer unter Corona-Bedingungen. Wir sind sehr stolz auf unsere Kinder, Jugendlichen und die gesamte Schulfamilie. Alle haben das schwierige Schuljahr mit viel Durchhaltevermögen und Flexibilität gemeistert! Wir sprechen allen unseren großen Dank aus! Hoffen wir, dass es ruhige Sommerferien werden und alle wieder mit neuem Elan ins kommende Schuljahr starten können.



Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund.

Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck